

Hermann Vinke

„Erinnern heißt Kämpfen“

Vortrag 4. Januar 2025 Andreaskirche Horn anlässlich der Eröffnung der Ausstellung über rechte Gewalttaten in Niedersachsen

„Erinnern heißt Kämpfen“ – so lautet die Überschrift zu dieser Ausstellung, die auch an anderen Orten gezeigt wird. „Mindestens zehn Menschen wurden in Niedersachsen seit 1990 aus rechten Motiven umgebracht,“ heißt es im Katalog zur Wanderausstellung; und weiter: „Staatlich anerkannt als Todesopfer rechter Gewalt sind bisher nur zwei von ihnen.“

Die Daten und Namen anderer Verbrechen von Rechtsextremisten sind geläufiger und bekannter als das, was sich an rassistischen und fremdenfeindlichen Verbrechen in den vergangenen drei Jahrzehnten in Niedersachsen ereignet hat:

Hoyerswerda, September 1991: über mehrere Tage schwere rassistische Ausschreitungen gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Rostock-Lichtenhagen, August 1992: Brandanschlag von Neonazis auf ein Ausländer-Wohnheim, begleitet von einem grölenden Mob, der dazu Beifall klatscht.

Mölln, die schleswig-holsteinische Kleinstadt, November 1992: Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie; drei Tote.

Zwischen 2000 und 2006: zehn Morde in verschiedenen deutschen Großstädten, verübt vom NSU, dem Nationalsozialistischen Untergrund, überwiegend an Menschen mit türkischen Wurzeln, die seit langem in Deutschland lebten.

Und nicht zu vergessen: Hanau in Hessen, Februar 2020: ein Rechtsextremist erschießt neun Menschen mit Migrationshintergrund.

Auch wenn die in dieser Ausstellung dokumentierten Fälle rechtsextremer Gewalt nicht in dem gleichen Maße Aufsehen erregten und nicht die großen Schlagzeilen beherrscht haben, so verdient jeder einzelne Anschlag, jedes einzelne Attentat dokumentiert und aufgeklärt zu werden, um Erinnerung und strafrechtliche Konsequenzen überhaupt erst zu ermöglichen.

Erinnerungsarbeit ist nach meiner Überzeugung heute wichtiger denn je. Machen wir uns nichts vor! Gewalt schlummert in vielen Ecken unserer Gesellschaft. Das belegen nicht nur die geschilderten Anschläge und Morde, die schon für sich genommen genug Alarmsignale enthalten. Es kommen weitere Faktoren hinzu, die verdeutlichen: Die Bundesrepublik Deutschland steht vor ihrer größten Herausforderung seit Ende des 2. Weltkrieges. Die Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Gefahren für Freiheit und Demokratie waren noch nie so groß und ausgeprägt wie heute.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Der Einfluss der großen gesellschaftlichen Organisationen, die für Politik, für gerechte Einkommensverteilung und Sinnstiftung zuständig sind, geht zurück. Ich spreche von demokratischen Parteien, von Gewerkschaften und den Kirchen – ihr Einfluss nimmt deutlich ab. Es handelt sich nicht um ein kollektives Versagen. Aber der Bedeutungsverlust ist nicht zu übersehen.

Wenn sinnstiftende Institutionen an Einfluss verlieren, schwinden demokratische Grundüberzeugungen, bröckelt die Mitte der Gesellschaft. Diese Tendenz geht einher mit dem Vormarsch der Rechtsextremisten, die in eine Lücke vorstoßen. Dieser Vormarsch dauert unvermindert an; und zwar einmal an der Basis, wo die Zahl gewaltbereiter Gruppen inzwischen ein kaum noch zu überblickendes Ausmaß annimmt, vor allem in Ost-Mitteldeutschland.

Dann der enorme Stimmenzuwachs der AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Herbst des vergangenen Jahres, Zuwachs insbesondere bei Jungwählern. Und es ist keineswegs ausgemacht, dass unser Land nach der Bundestagswahl am 23. Februar eine stabile Regierung bekommt. Die Mühen der Kabinettsbildung in den Landeshauptstädten Potsdam, Erfurt und Dresden haben gezeigt, wie brüchig die Fundamente der dortigen Regierungen jeweils sind.

Die vielleicht größte Gefahr der Aushöhlung und Unterwanderung unserer Demokratie geht von den großen Plattformen im Netz aus: Datenklau, Algorithmen und Trolle im Internet – die Steuerung antidemokratischer Prozesse hat unmittelbar mit dem Wildwuchs im Kosmos der Daten zu tun.

Die globale Macht der sozialen Netzwerke und Plattformen ist weiterhin ungebremst. Sie wird weder demokratisch kontrolliert noch wirksam eingedämmt. Während der Schutz persönlicher Daten bei fast jeder Gelegenheit angemahnt und eingefordert wird, haben die großen Technologieunternehmen freie Fahrt beim globalen Datenklau.

Rechtsextremisten und Neonazis in Deutschland nutzen die Netzwerke äußerst wirkungsvoll; sie blicken erwartungsvoll nach Ost- wie auch Westeuropa - nach Ungarn und in die Slowakei, nach Italien, Schweden und in die Niederlande: Dort bestimmen bzw. mitbestimmen populistische und rechtsextreme Parteien bereits die Geschicke dieser Länder.

Noch mehr Zuspruch und direkte Unterstützung bezieht das rechtsextreme Lager in Deutschland gegenwärtig aus den USA. Dort hat Donald Trump mit massiver Hilfe der Plattform X des Milliardärs Elon Musk die Wahl gewonnen und wird am 20. Januar mit einer Korona von Milliardären in das Weiße Haus einziehen.

Es klingt vielleicht übertrieben, wenn ich sage: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, übernimmt an diesem Tag eine Bande von Psychopaten, Egomane und Größenwahnsinnigen das Machtzentrum der Vereinigten Staaten von Amerika, bringt sich in den Besitz der größten Waffenarsenale der Welt, einschließlich der Atomwaffen, und wird, wie angekündigt, alles unternehmen, um die Demokratie zu zerstören.

Wir alle sind Zeitzeugen dieses ungeheuerlichen Vorgangs. In den zurückliegenden Wochen konnten wir beobachten, wie die Residenz Mar-a Lago von Trump in Palm Beach zu einem politischen Wallfahrtsort wurde. Besitzer großer Plattformen wie Mark Zuckerberg, Eigentümer einflussreicher Zeitungen wie Jeff Bezos, ferner der Chef der japanischen Softbank, Masayoshi Son, reihten sich ein in die Schlange von Besuchern, um vor dem künftigen Herrscher ihren Kotau zu machen und Wohlverhalten und Gefolgschaft zu demonstrieren.

Unter der Ägide von Trump macht sich die westliche Führungsmacht auf den Weg, die lästigen Fesseln demokratischer Regeln und Prinzipien - in den USA „checks and balances“ genannt - abzustreifen und den Kapitalismus, also die Herrschaft des Geldes, zum alleinigen Maßstab des Handelns zu machen. Angesichts der verheerenden Folgen des Klimawandels müssten die Auswüchse unseres westlichen Wirtschaftsmodells dringend bekämpft werden. Aber davon dürfte schon bald keine Rede mehr sein.

Die Kombination Donald Trump – Elon Musk macht die historische Zäsur, die den USA unmittelbar bevorsteht und weitreichende Folgen für Europa haben wird, noch brisanter, denn der Milliardär Elon Musk vergrößert die Schubkraft der Veränderung. Beide haben die Welt im Blick, auch Deutschland. Wie Sie wissen, betreibt Elon Musk gerade Wahlwerbung für die rechtsextreme AfD. Dass die Zeitung „Welt am Sonntag“ dem Milliardär Musk ein solches Forum bietet, halte ich für unverantwortlich.

Das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Denn der reichste Mann der Welt hat mit seiner Plattform X jede Möglichkeit, seine kruden Ansichten in die Welt hinauszuposaunen. Das geschieht ohnehin längst in einem Maß, das alle bislang gültigen Regeln von Fairness und Chancengleichheit außer Kraft setzt.

Die Reaktion der AfD-Führung auf den unerwarteten Zuspruch von Musk im laufenden Wahlkampf zeigt überdeutlich, wie sehr die Partei sich ermuntert fühlt, an ihren demokratiefeindlichen und inhumanen Zielen festzuhalten. Im Vordergrund dürfte dabei die vor einigen Monaten in Potsdam und kürzlich bei einem Treffen in der Schweiz bekräftigten Pläne stehen, Menschen mit Migrationshintergrund – ob geduldet oder mit behördlicher Erlaubnis – aus Deutschland zu vertreiben.

Die AfD, politischer Arm der Neo-Nazi-Szene in Deutschland, spricht von „Remigration“. In Wirklichkeit handelt es sich um blanken Rassismus, um Fremdenfeindlichkeit, die nach der Bundestagswahl in einen neuen Terror münden kann - in Niedersachsen und anderswo in Deutschland.

Was ist zu tun? Zunächst hilft meines Erachtens die nüchterne Erkenntnis, wie sehr unser freiheitliches System in die Defensive geraten ist. Zweitens bin ich dafür, dass Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und alle anderen, die noch auf der Plattform X registriert sind, diese schleunigst verlassen sollten. Sich mit dem größtenwahnsinnigen Anti-Demokraten Elon Musk gemein zu machen, halte ich für falsch und verabscheuungswürdig.

Ansonsten bin ich für ein trotziges Trotz alledem. Wir wissen inzwischen, was passieren kann und was passieren wird, wenn wir nicht aufstehen, wenn wir uns nicht bewegen, wenn wir nicht handeln.

Die demokratischen Parteien allein werden es nach meiner Überzeugung nicht schaffen, die aufgestauten Probleme und Herausforderungen zu bewältigen. Es bedarf einer zusätzlichen Anstrengung, die meines Erachtens aus der Zivilgesellschaft kommen muss, das heißt. von uns. Bei allen Unterschieden, bei allem, was uns trennt – diese Unterschiede sollten uns nicht davon abhalten, für die Wahrung von Freiheit und Demokratie gemeinsam einzutreten, jeder und jede von uns, dort, wo sein / wo ihr Platz ist.

Die Bürgerinitiative „Borgfeld für Demokratie und Menschlichkeit“ hat dafür gesorgt, dass diese Ausstellung hier in Horn-Lehe gezeigt wird. „Erinnern heißt Kämpfen“ – so lautet ihr Motto. Was heißt Kämpfen in unserer schwierigen Gegenwart, wie ich sie beschrieben habe. Wir haben gelernt, in unserem von Wettbewerb und Konkurrenz bestimmten Alltag uns zu behaupten, unsere Interessen durchzusetzen, notfalls auch durchzuboxen – manche mit angewinkelten Ellenbogen.

Was wir dabei ein Stück weit verlernt haben, ist, über den Tellerrand zu blicken, uns zu kümmern um die Bedürfnisse der anderen, um die Belange der Allgemeinheit, um den Schutz der Natur und Umwelt, wovon wir ein Teil sind.

Zivilgesellschaftliches Engagement richtet sich nicht gegen die Politik, nicht gegen Behörden, nicht gegen Institutionen. Zusammenstehen, sich Vernetzen, gemeinsam in Aktion treten – das ist das Gebot der Stunde. Wenn die Demokratie zu scheitern droht, ist nicht nur mehr Miteinander notwendig, sondern zugleich eine Rückbesinnung auf unsere jüngste Geschichte dringend geboten.

Das Vermächtnis des Widerstandes gegen die NS-Diktatur im Dritten Reich bedeutet für mich eine Art Dauer-Auftrag, etwas zu tun; es bedeutet einen Auftrag zum Handeln. Nicht die Hände in den Schoß legen und den Dingen ihren Lauf lassen. Sondern: sich zusammentun, sich organisieren, auf die Straße gehen.

Bis in die jüngste Vergangenheit haben Menschen – manche unter Einsatz ihres Lebens – für Freiheit, Friedfertigkeit und Mitmenschlichkeit gekämpft. Wir haben nicht das Recht, diese Werte leichtfertig oder aus einer momentanen Protesthaltung heraus aufs Spiel zu setzen, weil uns dieses oder jenes nicht gefällt.

Also, den Feinden unserer Demokratie müssen wir uns in den Weg stellen. Gewissenlosen, gewaltbereiten Neonazis dürfen wir bei der bevorstehenden Bundestagswahl nicht unser Gemeinwesen überlassen. Den Architekten und Handlangern einer geplanten millionenfachen Vertreibung von Mitmenschen aus unserem Land müssen wir ein Stoppschild hinstellen, auf dem steht: Nie wieder! Und: Nicht mit uns!

In diesem Sinne wünsche ich der Ausstellung „Erinnern heißt Kämpfen“ viele Besucherinnen und Besucher aus Horn-Lehe, Borgfeld und umzu.